

Antrag GS-5

Jusos Bezirk Hannover

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK

Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen

- 1 Wir fordern:
- 2 • Die vollständige Kostenübernahme aller
- 3 Behandlungen zur künstlichen Befruchtung
- 4 durch die gesetzlichen Krankenkassen, sofern
- 5 diese für medizinisch notwendig erachtet
- 6 werden.
- 7 • Den uneingeschränkten Zugang ei-
- 8 nes gebärfähigen Menschen zu allen Be-
- 9 handlungsschritten der künstlichen Befruch-
- 10 tung, unabhängig von Beziehungsstatus oder
- 11 Familienstand.

12

Begründung

14 Dank der verschiedenen Techniken der künstli-

15 chen Befruchtung ist es möglich, Paaren ihren un-

16 erfüllten Kinderwunsch zu ermöglichen. Diesem

17 Prozess geht oftmals eine lange Phase aus Frustra-

18 tion, Versagensängsten oder Schamgefühl voraus,

19 die viele Paare an die Grenzen ihrer Belastbarkeit

20 bringt. Eine künstliche Befruchtung ist für die Be-

21 troffenen die einzige Chance, ein eigenes Kind auf

22 die Welt zu bringen. Gleichzeitig ist der Eingriff

23 mit Kosten von mehreren tausend Euro sehr teuer,

24 sodass die meisten auf Unterstützung durch ihre

25 Krankenkassen angewiesen sind.

26 Die gesetzlichen Krankenkassen tragen aber oft-

27 mals nur 50 Prozent der Kosten, sodass es sich

28 Menschen aus weniger wohlhabenden Verhältnis-

29 sen eventuell schlicht nicht leisten können, ein

30 Kind zu zeugen. Außerdem wird die Behandlung

31 von GKVen nur unterstützt, sofern das betroffene

32 Paar verheiratet ist. Die aktuelle Gesetzgebung

33 sorgt damit dafür, dass nicht alle Personen gleicher-

34 maßen Zugang zu der Behandlung für eine künstli-

35 che Befruchtung erhalten.

36 Klar ist: Eine künstliche Befruchtung darf keine Fra-

37 ge des Geldbeutels sein und eine Heirat ist kein

38 Maßstab dafür, wie geeignet ein Paar ist, ein ge-

39 meinsames Kind zu bekommen.

Annahme in der auf dem Parteitag von der AK ange-

nommenen Fassung: Z. 2-3 "aller Kinderwunschbe-

handlungen, insbesondere zur künstlichen Befruch-

tungen"

Adressat:

Bundesparteitag